

2) keine Landkonzession zu erteilen, in der nicht ausreichende Vorschriften über die Aufschließung des Landes enthalten sind. In der Debatte sprachen sich die Mitglieder des Zentrums, der Nationalliberalen und der Konservativen für die Vorlage aus, während sich die der Freisinnigen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Abg. Rattmann (wirtsch. Bgg.) dagegen erklärten. Der Abg. Storz (südd. Volksp.) erklärt für die Vorlage stimmen zu wollen. Hieran wird namentlich abgestimmt. Es werden 190 Stimmentzettel abgegeben. Mit Ja stimmten 127, mit Nein 61 Abgeordnete; 11 enthielten sich der Abstimmung. Ledebour (Soz.) kommt nochmals auf den durch die Zeitungen gegangenen Erlaß Trothas zurück, worin dieser Preise auf die Köpfe der Hauptlinge auslegt, und sagt, er verstehe nicht, wie Erzberger Trotha in Schutz nehmen kann. Erzberger habe sich darauf berufen, daß auch Kalajeff Mordmörder sei. Dieser aber habe sein Leben zum Opfer gebracht, um eine Persönlichkeit umzubringen, von der er und die Welt überzeugt waren, daß sie einer der schlimmsten Verbrecher war. Präsident Graf Ballestrem erklärt, er dürfe nicht dulden, daß auf der Tribüne des deutschen Reichstags ein Mordmörder so qualifiziert werde, wie Ledebour ihn qualifiziert habe und daß ein erhabenes Opfer so herabgezogen werde. (Lebhafte Zustimmung). Ueber die Bestimmung der Konzession betr. Landabtretung findet nun namentlich Abstimmung statt. Bevor das Resultat der 2. Abstimmung bekannt gegeben wurde, teilt der Präsident mit, daß bei der ersten Abstimmung ein Mitglied des Hauses 2 Stimmentzettel abgegeben habe und also das Haus beschlußunfähig gewesen sei. — Die nächste Sitzung findet am 30. Mai statt. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Kamerumbahn, Börsengesetz.

Gewerkschaftstongreß. Der Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands beschäftigte sich Donnerstag vormittag mit der Genossenschaftsfrage. Abg. v. Elm führte aus: Die Arbeiter, die lange Zeit Gegner der Genossenschaften waren, haben schon seit einigen Jahrzehnten die Notwendigkeit eingesehen, sich auch genossenschaftlich zu organisieren. Sie bilden in den Konsumvereinen die große Mehrheit. Die Konsumvereine in Deutschland zählen eine Million Mitglieder; sie haben einen Umsatz von 250 Millionen Mark und verteilen jährlich 20 Mill. Mark Dividende. Sie seien auf dem besten Wege, eine wirtschaftliche Macht zu bilden. Arg zu tabeln sei jedoch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter in den Konsumvereinen oftmals viel zu wünschen übrig lassen. Die Arbeiter hätten eine politische und eine wirtschaftliche Waffe; angeht es der sich immer mehr zuspitzenden Gegenüber sei es dringend notwendig, daß den zwei Waffen noch eine dritte, die genossenschaftliche hinzugefügt werde. Die wirtschaftlichen Wünsche würden es erforderlich machen, daß die Arbeiter auch Produktiv- und Einkaufsgenossenschaften, ähnlich wie in Großbritannien, errichten; dazu würden die Arbeiter schon durch die aus Anlaß des Zolltariffes ins Ungemessene sich steigenden Lebensmittelpreise gezwungen werden. Gegenüber der Macht der Arbeitgeberverbände, der Kartelle und der Syndikate sei es erforderlich, daß die Arbeiter ihre Waffen vermehren, um der Uebermacht des Kapitals mit Erfolg zu begegnen. In der Besprechung wurden die Konsumvereine mehrfach als Dividendenaußenbezeichnet; die Konsumvereinsleiter, die nicht einmal warenkundig seien, richteten ihr Augenmerk auf die Erzielung möglichst hoher Dividenden, sie ignorierten die genossenschaftlichen Arbeitsnachweise, nahmen mit Vorliebe unorganisierte, drückten die Löhne und Gehälter, kauften in Fabriken, die entweder nur in Zuchtstätten oder in Gefängnissen arbeiten ließen und verflümmerten das Koalitionsrecht. Der Vertreter der großen Einkaufsgenossenschaft der Konsumvereine, Lorenz aus Hamburg, erkennt das Vorhandensein von Mißständen an. Die Konsumvereine müßten aber das Wohl ihrer Mitglieder im Auge haben; es sei zu hoffen, daß diese Erörterung bessere Zustände herbeiführen werde. Darauf trat die Mittagspause ein.

Aus dem Flottenverein. Nach neueren Meldungen ist bereits alles wieder in bester Ordnung. Die Krisis im Flottenverein dürfte nach Mitteilungen des Sozialanw. unterdrückt und nach der Tögl. Rundschau auf Grund der Audienz, die dem Präsidenten des Vereins, Fürsten Salm, vom Kaiser gewährt worden ist, als beigelegt zu betrachten sein. Die Fortsetzung der bisherigen Tätigkeit des Flottenvereins sei gesichert. Da nunmehr die Gründe, die zu der Krisis führten, beseitigt sind, ist es nicht unmöglich, daß die Generale Menges und Keim sich entschließen, ihre Dienste weiterhin dem Flottenverein zur Verfügung zu stellen.

Die Hamburger Wahlrechtsvorlage. Unter großem Andrang des Publikums begann die Beratung der Wahlrechtsvorlage in der Bürgerschaft. Der größere Teil des Senats wohnte teils offiziell, teils in der Zuhörerkategorie der Sitzung bei. Dr. Wollffson (Rechte) bezeichnet die Vorlage als ein Kampfesgesetz gegen die Sozialdemokratie, der Sozialdemokrat Stolten nannte sie einen Auswurf des nacktesten Klasseninteresses. Die Fraktionsredner der Rechten und des Zentrums empfahlen, mit Hinweis auf die sozialdemokratische Gefahr, die Vorlage, die mit schwächlichen Argumenten auch Senator Oswald verteidigte. Zur Erledigung der Vorlage wurden Ertrassungen anberaumt.

Eugen Richters Krankheit. In einigen Berliner Blättern war geschrieben worden, daß Eugen Richter wahrscheinlich das Augenlicht verlieren werde und daß an eine Wiederaufnahme seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht zu denken sei. Der „Fr. Deutsch. Pr.“ geht nun eine Meldung aus Hagen zu, nach der Abg. Müller-Sagan erklärte, zur Zeit hindere ein Augenleiden den Abg. Richter selbst zu lesen und zu schreiben; es sei aber unrichtig, daß er an Zucker-, Nieren- oder einem andern konstitutionellen Leiden erkrankt sei. Es sei zu hoffen, daß Richter im Herbst wieder an den parlamentarischen Arbeiten sich beteiligen werde.

Deutschland und Marokko. Die Sendung des Grafen Tattenbach nach Fez hat mehr Erfolg gehabt, als der Pariser Matin wahr haben will. Der „Vossischen Zeitung“ wird nämlich aus Tanger gedrahtet: Graf Tattenbach hatte 4 Unterredungen vertraulicher Natur mit dem Sultan, welcher sich sehr entgegenkommend zeigte. Graf Tattenbach empfing die besten Eindrücke von der Aufschließung des Sultans. Er hält es daher für notwendig, irgend welche besonderen Forderungen zu stellen, zumal der Sultan bereit ist, in Reformen zu willigen, soweit sie im Einklang mit den Forderungen der Signaturmächte des Madrider Vertrags stehen. Die Beziehungen zwischen der deutschen und französischen Gesandtschaft in Fez sind die denkbar besten.

Höflichkeitsschreiben. Der Prinz Arisugawa von Japan wohnte am Donnerstag einem Empfang bei, den die französisch-japanische Gesellschaft ihm zu Ehren gab. In Erwiderung auf einen Trinkspruch sagte der Prinz, Japan sei mit seinen Freundschaften treu und wisse die wahren Sympathien, die man ihm bezeuge, anzuerkennen. Er sei überzeugt, daß die bestehenden, so engen Beziehungen zwischen Japan und Frankreich sich durch immer zahlreichere Bande des Interesses und der Erinnerung fortwährend enger knüpfen werden. — Die jüngsten Vorgänge bei Saigon passen schlecht zu den Worten des Prinzen.

Tages-Chronik.
Charlottenburg, 25. Mai. Kommerzienrat Direktor Max Steinthal hier selbst hat der Stadt Charlottenburg aus Anlaß ihrer 200 Jahre-Feier einen Betrag von 100,000 Mark zum Geschenk gemacht. Die Summe ist zur Errichtung von Waldschulen bestimmt.

Wiesbaden, 25. Mai. Bei der gestrigen wie bei der heutigen Ausfahrt trug die Kaiserin eine Binde über der Stirn. Der Kaiser schrieb sich in das goldene Buch (?) der neuen Dreieinigkeitskirche zu Biebrich ein.

Selbert, 25. Mai. Bei der Firma Schulte wurden 280 Arbeiter entlassen. Die Zahl der ausgesperrten Metallarbeiter beträgt ca. 1500.

Mittwoch früh entstand in der Ginde von Nannald bei Schwarzenbach a. S. ein Brand, der in kurzer Zeit das ganze Gebäude einäscherte. Vier Kinder des Besitzers kamen in den Flammen um. Das jüngste Kind und der Besitzer selbst, dessen Frau gegenwärtig im Zuchthaus sitzt, sind schwer verletzt.

In Zell am Harmersbach wurde nachts ein Lustmord verübt. Die 13jährige Fäcilie Baumann, Tochter des Landwirts Stephan Baumann in Oberentersbach, wurde abends 6 Uhr noch in die Stadt geschickt, kam aber nicht mehr nach Hause. Die ganze Nacht wurde die Gegend abgejucht. Freitag morgen fand man die schrecklich verstümmelte Leiche mit 4 Stichen im Leib, ungefähr 30 Schritte von der Straße. Vom Täter hat man noch keine Spur.

In Offenbach a. M. entstand Donnerstag Nacht in dem Anwesen der Lohnkutscherei der Witwe Lünagel ein großer Brand. Das Haus, sowie die Nebengebäude werden zusammen von 25 Familien bewohnt. Bei dem Brande sind 2 Frauen und 3 Kinder, sowie 3 Pferde umgekommen. Ein Feuerwehrmann wurde schwer verletzt. Die Leichen wurden erst abends geborgen.

Der kurz nach 5 Uhr früh von Speyer abgegangene, mit 40 Arbeitern besetzte Materialzug der im Bau befindlichen Kleinbahn Speyer-Weinsheim-Neustadt ist kurz vor der Station Schwegenheim entgleist. Die Maschine und fünf Wagen sprangen aus dem Geleise und schoben sich übereinander. Die Mehrzahl der Arbeiter rettete sich durch Abspringen. Tot ist der Wagenwärter Gruber aus Ludwigshafen, der Zugführerdienste leistete. Schwer verletzt ist der Arbeiter Wergenthaler aus Speyer. Mehrere Arbeiter sind leichter verletzt. Die Ursache des Unglücks soll, wie der „Pfälzische Kurier“ meldet, ein Schienenbruch sein. Ein Hilfszug mit Personal ist aus Speyer zur Unglücksstätte abgegangen.

Auf Grube Louisa (Sarrebr.) wurde durch Schlagweiser ein Bergmann getötet, 4 andere betäubt durch giftige Gase und schwer verletzt.

Ein grauenvoller Raubmord wurde in Senzich bei Diedenhausen an der 70jährigen Witwe Spiedt durch ihren Neffen Johann Trapp verübt. Trapp schnitt seiner Tante mit einem Küchenmesser den Hals durch, warf die Leiche in einen in Keller befindlichen Brunnen und nahm hierauf eine in der Spiedtschen Wohnung aufbewahrte Summe von 1000 Mark an sich. Als das Verbrechen entdeckt wurde, sprang der Mörder in den Brunnen und versuchte den Tod von innen zu machen. Er wurde jedoch entdeckt und gefangen genommen. Bei seiner Festnahme wurde ihm durch die Bewohner des Städtchens so übel mitgeteilt, daß er aus mehreren Wunden blutete. Das geraubte Geld wurde bei ihm vorgefunden.

Der Ort Chicago in Texas, der 200 Einwohner zählt, soll durch einen Einsturz in dem Erdboden gleichgemacht sein. Auch von anderen Orten werden schwere Schäden gemeldet.

Frostschäden.
Aöln, 25. Mai. Meldungen vom Ober- und Mittelrhein bestätigen, daß der Frost in den verfloffenen beiden Nächten einen überaus schweren Schaden in den Weinbergen in den verschiedensten Lagen angerichtet habe. An einzelnen Stellen des Oberrheins, sowie der Moselgegend fiel das Thermometer auf $4\frac{1}{2}$ Grad Ralte. Namentlich haben die jungen Weinberge empfindlich gelitten, trotzdem an einzelnen Plätzen von nachmittags an geräuchert wurde. Auf weiten Höhenzügen, besonders in der Gegend von Waldbrach, sind die Weinberge zu zwei Dritteln erfroren. Bei Bernkastel und Trarbach wurde bisher kein Frostschaden festgestellt.

Sträßburg, 25. Mai. Aus verschiedenen Teilen des Landes wird gemeldet, daß der Frost in den letzten Nächten Schaden an Reben und Obstbäumen verursachte. In Weilerthal setzte der Frost den Reischbäumen hart zu. In der Nähe von Weissenburg erfroren die Reben. Auch erlitten Bohnen und Kartoffeln Schaden.

Vom Taunus, 25. Mai. Aus dem ganzen Taunus und von allen Orten der Untermaingegend werden infolge des in vorletzter Nacht eingetretenen starken Frostes bedeutende Frostschäden in den Weinbergen, Kartoffelfeldern und Gärten gemeldet.

Bertheim, 24. Mai. Durch Frost haben in der letzten Nacht die Obstblüte und die Weinberge stark gelitten. Aus dem Rheingau, 24. Mai. Der sogenannte „Wonnemonat“ Mai ist der ganzen Vegetation ungünstig. In der letzten Nacht sank das Thermometer stellenweise bis auf -3° K. Dadurch haben Kartoffeln, Klee und auch der Weinstock stark gelitten. Der Schaden ist bedeutend, zumal in einzelnen Weinbergsolagen.

Die Zaren in Rußland.
Die Zaren dauern am Donnerstag fort. Die Zaren, die sich zusammengedrängt haben, zerstörten die öffentlichen Häuser, deren 30 ausgeplündert sind. Die Straßen, in denen diese Häuser sind, sind mit Bettfedern zerstreuten Kleiderstücken und Hausgeräten bedeckt. Nach Feststellungen der Rettungsgesellschaft sind Donnerstag über 46 Personen schwer verwundet und mehrere getötet worden. Die Hospitäler sind überfüllt, die Regaleien dauern fort.

Neue Armenierunruhen.
Aus Nachitschew meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Seit 23. Mai ereignen sich hier täglich blutige Zusammenstöße zwischen Armeniern und Mosamedanern, die am 25. einen besonders großen Umfang annahm. Eine ganze Reihe von Buden stehen in Flammen. Aus Erivan wurden Truppen beordert.

Fürst Kotschidse.
Ueber die Ursachen der Ermordung des Gouverneurs von Baku, des Fürsten Kotschidse, kann nicht der geringste Zweifel herrschen. Im Februar d. J. fand in Baku, der Hauptstadt des russischen Kaspia-Industriebezirks, eine Armeniermeuterei statt, bei der mehr als 500 Armenier getötet und etwa 800 verwundet wurden. Die Unruhen dauerten ununterbrochen drei Tage. Die Behörden rechtfertigten ihre Untätigkeit dadurch, daß sie zu schwach gewesen seien, um gegen die Mohammedaner (Perser, Tataren usw.), welche die Armenier angriffen, einzuschreiten. Nachher brachten aber die russischen Blätter eine Reihe von beglaubigten Schilderungen dieser Vorgänge, die keinen Zweifel darüber ließen, daß die dortige Polizei durchaus instande gewesen wäre, das Gemetzel zu verhindern, daß sie aber die muslimännliche Bevölkerung tatsächlich direkt gegen die Armenier aufbegehrt hat. Das geschah, aus dem Grunde, weil unter den Armeniern die revolutionären Elemente sehr stark verbreitet sind (eine Folge der antiarmenischen Politik des ehemaligen Zivilgeneralgouverneurs des Kaspas, Fürsten Galizyn) und die Behörden der armenischen Bevölkerung eine „Lektion“ geben wollten. Es wurden ganz schauerliche Einzelheiten über das dortige Blutvergießen mitgeteilt, z. B., daß mehrere Armenier in ihren Häusern stundenlang belagert und dann schließlich die Gebäude mittels Petroleum angezündet wurden, wobei die Inassen verbrannten, trotzdem sie fortwährend an den Gouverneur, den Polizeimeister usw. telephonierten und um Hilfe baten. Die Kosaken und Soldaten antworteten den Armeniern auf deren Flehen um Schutz: „Wir haben keinen Befehl, einzuschreiten.“ In einem Brief, den der ehemalige Bürgermeister von Baku, Alexander Nowikow, an den Gouverneur richtete und den man jetzt veröffentlicht, werden gegen den Gouverneur die vernichtendsten Anklagen erhoben. Da heißt es z. B.: „Sie sind schlimmer als Judas, denn Judas ging, nachdem er sein Verbrechen begangen hatte, weg und erhängte sich. Sie aber halten es für möglich, noch weiter zu leben, nach allem, was Sie verbrochen haben.“

Bald nach den Ereignissen wurde der Senator Kusminsky aus Petersburg nach Baku geschickt, um die Ursachen dieser schauerlichen Vorgänge aufzuklären. Die Ergebnisse seiner Untersuchung sollen derartig gewesen sein, daß der Senator, wie mehrere russische Zeitungen meldeten, gebeten habe, ihn von seiner Aufgabe zu entbinden. Die revolutionären Armenier haben nun vermutlich aus guten Gründen nicht die Resultate der Regierungsaquete abwarten wollen und nahmen auf ihre Weise Rache.

Der russisch-japanische Krieg.
Russische Schiffe vor Shanghai.
Aus Shanghai wird vom 25. gemeldet: 7 Kreuzer der russischen Freiwilligenflotte haben außerhalb von Wusung geankert. Die Ankunft der Schiffe rief Ueberdroschung hervor, trotzdem man weiß, daß hier große Vorräte für die russische Flotte lagern.

Die Neutralität der Mongolei.
Nach einem Telegramm des „Daily Telegraph“ aus Tokio verlangt der russische Geschäftsträger in Peking sofortige Antwort wegen der Neutralität der Mongolei, da die russischen Truppen sonst durch dieselbe marschieren würden.

Württembergischer Landtag.
k. Stuttgart, 25. Mai. Kammer der Abgeordneten. Präsident Payer eröffnet die Sitzung um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Beratung des Eisenbahnetats wird bei den Eingaben der Weichen- und Bahnwärter fortgesetzt. Ver.-Erst. Dr. v. Kiene weist den Vorwurf, die beiden Eingaben seien von der Finanzkommission „falsch“ behandelt worden, zurück. Die Regierung habe der Weichenwärter erwohnen werde und auch eine Besserstellung der Bahnwärter beabsichtigt sei. Baden, das sonst seine Beamten besser stelle, hat niedrigere Bahn- und Weichenwärtergehälter als Württemberg. Redner tritt sodann besonders für die Haltestellenvorsteher ein. Minister v. Soden: Die Bestimmung, wonach den im Gehalt vorrückenden Haltestellenvorstehern die Zulagen um den betr. Betrag gekürzt werden, sei schon im Etat von 1903 ausgesprochen. Bezüglich des Urtaubs habe die Generaldirektion erst kürzlich Normalbestimmungen herausgegeben.